

Joschka Fischer

»I am not convinced«

Der Irak-Krieg und
die rot-grünen Jahre

Knaur Taschenbuch Verlag

Besuchen Sie uns im Internet:
www.knaur.de



Vollständige Taschenbuchausgabe Mai 2012

Knaur Taschenbuch

Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt

Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München

© 2011 Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit

Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Wissenschaftliche Mitarbeit: Lars Nebelung

Umschlaggestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Umschlagabbildung: © dpa - Report – Reiner Jensen

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-426-78530-0

2 4 5 3 1

Inhalt

Von New York nach Afghanistan	7
Irak und die Hybris einer Weltmacht	75
Wiederwahl und der Beginn des deutsch-amerikanischen Zerwürfnisses	127
»The Axis of Weasels« und der Kampf um Krieg und Frieden	167
Außenpolitik zwischen Irak, Israel und Palästina	227
Die letzten Jahre	285
Das Finale	333
Fünf Jahre später – ein aktuelles Nachwort	349
Abkürzungen	363
Personenregister	365

VON NEW YORK
NACH AFGHANISTAN

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 veränderte binnen weniger Minuten die Politik in den Hauptstädten der Welt. Dieser weltweit live im Fernsehen übertragene Angriff auf die politischen und wirtschaftlichen Zentren der Vereinigten Staaten von Amerika war zu schockierend und dessen absehbare Konsequenzen waren zu gravierend, als dass man mit dem üblichen Tagesgeschäft hätte einfach fortfahren können. Selbstverständlich galt dies auch für Berlin.

Die innen- und außenpolitischen Tagespläne von Regierung und Parlament wurden binnen Minuten vom Tisch gefegt, bereits feststehende Termine und Reiseplanungen wurden zu Makulatur, und die gesamte politische Agenda der Bundeshauptstadt richtete sich auf die neue terroristische Bedrohung aus.

Innerhalb der Bundesregierung lief nach dem ersten Schock der Krisenreaktionsmechanismus in den Ministerien an. An erster Stelle war der für die innere Sicherheit zuständige Innenminister gefordert, aber auch im Auswärtigen Amt galt es, Maßnahmen zum verstärkten Schutz der deutschen Auslandsvertretungen und anderer deutscher Einrichtungen außerhalb unserer Grenzen einzuleiten sowie unverzüglich telefonisch mit der internationalen Abstimmung im Rahmen von EU und NATO und mit unseren wichtigsten Partnern außerhalb von Europa zu beginnen.

Meinen amerikanischen Kollegen Colin Powell konnte ich an diesem schicksalhaften Tag allerdings telefonisch nicht erreichen, da er sich zu einem Besuch in Lima, der Hauptstadt von Peru, aufhielt und sofort nach Erhalt der schrecklichen Nachricht zurück nach Washington aufgebrochen war. Erst am nächsten Abend war es mir möglich, mit ihm zu sprechen und ihm meine Erschütterung und tiefe Anteilnahme angesichts des

schrecklichen Verbrechens und der großen Zahl unschuldiger Opfer zu übermitteln. Colin Powell sprach dabei von sich aus den Nahostkonflikt an, da er an diesem Tag kurz vor unserem Gespräch mit Arafat telefonierte hatte. Die Konfrontation zwischen den Palästinensern und Israel verschärfte sich seit einiger Zeit erneut und forderte immer mehr Opfer auf beiden Seiten. Der amerikanische Außenminister versicherte mir, dass die USA weiterhin im Nahen Osten engagiert bleiben würden, und teilte mir mit, dass er Arafat gesagt habe, dass jetzt der Moment gekommen wäre, an dem sich die Palästinenser bewegen müssten. Ich konnte ihm nur zustimmen.

Während dieses Telefonats erläuterte mir Colin Powell auch zum ersten Mal und in wenigen Worten die ersten Konsequenzen, welche die US-Regierung aus dem Terroranschlag vom 11. September zu ziehen gedächte: Die Vereinigten Staaten würden keineswegs nur gegen die Attentäter dieses Anschlags, sondern gezielt gegen den Terrorismus insgesamt vorgehen. An jenem Abend waren mir die Folgen dieser neuen amerikanischen Strategie noch nicht völlig klar, aber dies sollte sich wenige Tage danach während meines Besuches in Washington und nach einem Gespräch mit Paul Wolfowitz, dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister, im Pentagon sehr schnell ändern.

Der Bundeskanzler hatte für den späten Nachmittag des 11. September eine Krisensitzung des Bundessicherheitsrates (der BSR ist ein Kabinettsausschuss der Bundesregierung, in dem alle sicherheitsrelevanten Fragen erörtert und die deutschen Rüstungsexporte beschlossen werden) ins Kanzleramt einberufen, in der die ersten Maßnahmen und auch die weitergehenden Schritte beraten und beschlossen werden sollten.

In der Sitzung des BSR wurden von allen betroffenen Ressorts die Sofortmaßnahmen vorgetragen und auch formell gebilligt. Diese bezogen sich vor allem auf die Flugsicherheit und den Schutz der Flughäfen in Deutschland. Zudem wurde aufgrund des Berichts des Innenministers und der Dienste die Gefährdungslage für Deutschland erörtert – es konnte nur eine allgemeine oder »abstrakte« Gefährdung festgestellt werden – und die nächsten politischen Schritte beraten und beschlossen.

Eigentlich sollte an diesem Abend auch das seit Längerem ge-

plante Sommerfest der Grünen stattfinden, bei dem ich vorbeischauchen wollte. Aber diese Festivität war nach dem Eintreffen der Schreckensnachrichten aus den USA sofort abgesagt worden. Es war an diesem Tag niemandem mehr zum Feiern zumute. Stattdessen hatte der Bundeskanzler für den Abend die Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages zur Unterbringung und Abstimmung ins Bundeskanzleramt eingeladen, denn angesichts der Tatsache, dass Deutschlands wichtigster Bündnispartner außerhalb Europas faktisch durch eine kriegsähnliche Handlung in seinen Entscheidungszentren angegriffen worden war und sehr viele Opfer zu befürchten waren, bedurfte es einer gemeinsamen Haltung der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag.

Zudem war bereits zu diesem frühen Zeitpunkt abzusehen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf Deutschland schwere Entscheidungen bis hin zur militärischen Solidarität mit den USA zukommen würden, selbst wenn in diesem Moment noch völlig unklar war, ob es sich bei den Terrorattacken in New York und Washington um einen Angriff von außen gehandelt hatte und, wenn ja, von wem.

Das gesamte Muster dieser Terroranschläge sprach mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Urheberschaft Osama bin Ladens und seiner islamistischen Terrorgruppe al-Qaida, aber es sollte noch einige Zeit dauern, bis die Täter und ihr Hintergrund zweifelsfrei festgestellt werden konnten. Auch unter diesem Gesichtspunkt war daher eine im Parlament möglichst breit getragene Antwort der Bundesregierung auf diese neue terroristische Bedrohung von erheblicher Bedeutung.

Das Treffen mit dem Bundestagspräsidenten und den Spitzen der im Bundestag vertretenen Fraktionen und Parteien fand um 20.00 Uhr im Kanzleramt statt. Zuvor war um 19.00 Uhr noch die grüne Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude zu einer Sondersitzung zusammengetreten.

Allen Teilnehmern der interfraktionellen Runde, wie auch zuvor den Mitgliedern der grünen Bundestagsfraktion, standen der Schock und die Erschütterung über die Terroranschläge in den USA ins Gesicht geschrieben. Jedem und jeder war bewusst, dass etwas Ungeheuerliches geschehen war und dass dieser Tag

den Gang der Geschichte verändern würde. Die Live-Bilder im Fernsehen vom Einschlag der Flugzeuge, von den Menschen, die in den Tod sprangen, um nicht ein Opfer der sich ausbreitenden Flammenhölle in den Hochhäusern des World Trade Centers zu werden, und schließlich vom Einsturz der Zwillingstürme und dem brennenden Gebäude des Pentagons hatten allen eine unmittelbare Nähe zu den Ereignissen vermittelt, die emotional tief berührte.

Hier saßen nicht nur gewählte Funktionsträger, die politischen Spitzen der Republik, zusammen, um erste politische Konsequenzen dieses Angriffs auf unseren Verbündeten zu beraten, sondern es waren alles Menschen aus Fleisch und Blut, die das Grauen dieses Tages auch emotional und jeder für sich zu verarbeiten hatten. Entsprechend gedrückt war die Stimmung im Saal.

Vor Beginn des Treffens im Kanzleramt zeigte mir Gerhard Schröder seinen Sprechzettel. Darin stand die Formulierung von der »uneingeschränkten Solidarität« mit den Vereinigten Staaten, und ich verstand sofort, was der Kanzler damit auszudrücken beabsichtigte: Es war ein Ja Deutschlands zu einer möglichen militärischen Beteiligung an einem Krieg in Afghanistan, wenn dieser absehbare Fall nach der Feststellung der Fakten tatsächlich eintreten würde.

Ich unterstützte die Haltung des Bundeskanzlers vorbehaltlos, denn sollten die USA tatsächlich von außen angegriffen worden sein (was bereits zu diesem frühen Zeitpunkt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu vermuten war), dann würde zumindest politisch der Bündnisfall in der NATO eintreten, und darauf war durch die Bundesregierung nur mit »uneingeschränkter Solidarität« zu antworten, wenn man unsere Beziehungen zu den USA nicht ernsthaft gefährden wollte. Jedes Zaudern, jedes Wackeln, ja auch nur eine Undeutlichkeit bei der Beantwortung der sich stellenden Bündnisfrage hätte für Deutschland fatale Folgen haben können. Gerade für uns Deutsche zählte aber auch noch ein sich aus unserer jüngeren Geschichte ergebender emotionaler Faktor, nämlich Dankbarkeit gegenüber den USA, auch wenn es sich dabei nicht gerade um einen politischen Begriff handelt. In diesem Fall und an diesem Tag verband sich aber zu Recht

ein vitales außenpolitisches Interesse unseres Landes mit dem Begriff der historischen Dankbarkeit.

Die Vereinigten Staaten hatten, gemeinsam mit der Sowjetunion und Großbritannien, den Nationalsozialismus niedergeschlagen und dadurch Europa und auch Deutschland von dem Grauen der Nazidiktatur befreit. Sie hatten im Kalten Krieg Stalin Einhalt geboten und über vier Jahrzehnte lang die Freiheit Westberlins und Westdeutschlands garantiert und verteidigt. Sie hatten auch ganz wesentlich zum Aufbau der deutschen Nachkriegsdemokratie beigetragen. Und sie hatten die deutsche Einheit, anders als etwa Frankreich und Großbritannien, sofort und nachdrücklich unterstützt, als sich im Jahr 1989 diese nicht für möglich gehaltene Chance völlig unverhofft auftat.

Nach dem 11. September ging es für uns also nicht nur allein um realpolitische Bündnisfragen und deren Konsequenzen, sondern gerade wir Deutsche hatten gegenüber den angegriffenen Vereinigten Staaten eine historische Dankeschuld abzutragen. Der Augenblick dafür war jetzt gekommen.

Gerhard Schröder benutzte diese in den folgenden Monaten noch sehr oft von ihm wiederholte Formulierung von der »uningeschränkten Solidarität« öffentlich zum ersten Mal während des Treffens im Kanzleramt mit den Spitzen von Parlament, Parteien und Fraktionen. Auch die Tagesordnung des Plenums für den nächsten Tag wurde dort umgeworfen, und man vereinbarte in dieser Sitzung, am nächsten Tag die Plenarsitzung des Parlaments mit einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers und einer sich daran anschließenden kurzen Aussprache des Hauses zu den Terrorattacken vom 11. September zu beginnen.

Spätnachts telefonierte ich noch mit dem israelischen Außenminister Schimon Peres und mit dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat, denn dieser Tag würde ohne jeden Zweifel auch massive Auswirkungen auf die gesamte Region des Nahen Ostens haben, sollten die Terroranschläge auf die USA tatsächlich von al-Qaida oder einer anderen islamistischen Terrororganisation ausgeführt worden sein.

Für mich bestand vom ersten Augenblick an ein enger politischer Zusammenhang zwischen dem Nahostkonflikt und den absehbaren Auswirkungen des 11. September. Ich unterstell-

te in meiner Analyse zwar keinen direkten Zusammenhang in der Sache oder durch die möglichen Akteure, da uns keinerlei Informationen darüber vorlagen, dass der palästinensische Terror (israelische Sicht) oder der legitime bewaffnete Widerstand gegen die Okkupation durch Israel (palästinensische Sicht) über Kontakte zu Bin Laden verfügte. Umgekehrt hatte sich dieser bis dato auch nicht sonderlich für die Palästinenser interessiert. Die politischen Auswirkungen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt würden dennoch ganz erheblich sein, denn jegliche Form von Terrorismus würde fortan von der mit weitem Abstand größten und mächtigsten Militärmacht der Gegenwart als eine existenzielle Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit begriffen werden. Und dieser durch den 11. September völlig veränderte Blick der USA auf den Terrorismus würde die Grundparameter des Nahostkonflikts, in dem die Vereinigten Staaten einer der ganz entscheidenden Spieler waren und sind, radikal verändern.

Die Palästinenser hatten in ihrem Krieg gegen Israel und die anhaltende israelische Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens vor allem auf die Waffe des Terrors gegen die israelische Zivilbevölkerung gesetzt, da sie militärisch gegen die israelische Armee nicht die geringste Chance hatten. Was immer auch die Ursachenforschung der nächsten Stunden und Tage an Tätern und Verantwortlichkeiten für den 11. September zutage fördern würde, so war zumindest völlig klar, dass der Einsatz von Terror gegen die Zivilbevölkerung von den USA und ihren internationalen Partnern fortan politisch und moralisch geächtet und mit allen Mitteln bekämpft werden würde.

Und »alle Mittel« würde im Fall der USA tatsächlich alle militärischen Mittel meinen. Allerdings konnte ich mir zum damaligen Zeitpunkt Folter und andere Menschenrechtsverletzungen – Guantanamo, Abu Ghraib – nicht vorstellen, auch nicht das Ausmaß der Bürgerrechtseinschränkungen in den USA und jene »Politik der Angst« der Regierung Bush, die das Land über Jahre hinweg im Griff halten sollte. Dazu reichte meine Fantasie an jenem 11. September 2001 schlicht nicht aus.

Für die Palästinenser hieß die Botschaft jenes Tages, dass sie sich würden entscheiden müssen, auf welcher Seite sie in der

sich abzeichnenden globalen Konfrontation stehen wollten. Schon einmal hatte Jassir Arafat in einer vergleichbaren historischen Situation eine fatal falsche Entscheidung für sein Volk getroffen – als er sich nach dem Überfall des Irak auf Kuwait für Saddam Hussein entschied. Eine solche historische Fehlentscheidung durfte sich aber jetzt nicht wiederholen, wenn der bereits vor dem 11. September stark gefährdete Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern nicht endgültig kollabieren sollte. Und wer weiß, so waren an jenem Abend dieses historischen Tages meine Überlegungen, vielleicht könnte die Tragödie von New York und Washington – die Einsicht beider Konfliktparteien und vor allem Jassir Arafats vorausgesetzt – sogar die Chance für einen Ausgleich im Nahostkonflikt eröffnen. Es wäre ja nicht das erste Mal, dass im Nahen Osten aus einer großen Tragödie ein neuer Schritt nach vorn in Richtung Ausgleich und Frieden unternommen worden wäre.

Die Formel von der »uneingeschränkten Solidarität« wiederholte der Bundeskanzler auch am nächsten Morgen in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag. Die entscheidenden Sätze des Kanzlers lauteten:

»Meine Damen und Herren, ich habe dem amerikanischen Präsidenten das tief empfundene Beileid des gesamten deutschen Volkes ausgesprochen. Ich habe ihm auch die uneingeschränkte – ich betone: die uneingeschränkte – Solidarität Deutschlands zugesichert. Ich bin sicher, unser aller Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Ihnen gilt unser Mitgefühl, unsere ganze Anteilnahme. Ich möchte hier in Anwesenheit des neuen amerikanischen Botschafters Dan Coats noch einmal ausdrücklich versichern: Die Menschen in Deutschland stehen in dieser schweren Stunde fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. (Beifall im ganzen Hause).«

Mit diesen Worten hatte der Bundeskanzler die Bundesregierung und die Koalition für den wahrscheinlichen Fall der Fälle politisch definitiv festgelegt, wenn es zu einem Militäreinsatz der USA und ihrer Verbündeten als Antwort auf die Terrorattacke vom 11. September kommen sollte: Deutschland würde mit dabei sein. Und alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages verstanden diese Festlegung nur zu gut.

Am Mittag machte ich mich dann auf den Weg nach Brüssel, um an der von der belgischen EU-Präsidentschaft einberufenen Sondersitzung der Außenminister der Europäischen Union teilzunehmen. Auch der Generalsekretär der NATO, George Robertson, war eingeladen worden und nahm an der Sitzung teil. George Robertson war ein knorriger Schotte, ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, zudem ein überzeugter Transatlantiker, der im ersten Kabinett von Tony Blair Verteidigungsminister gewesen war. Bei seinem Ausscheiden aus der britischen Regierung war er von der Königin zum Lord Robertson of Port Ellen geadelt worden. Robin Cook, der britische Außenminister, pflegte in feinsinniger Ironie George Robertson als »Eure Lordschaft« (your lordship) anzusprechen, was angesichts dessen harten schottischen Akzents und seiner eher handfesten Erscheinung stets zu einiger Heiterkeit im NATO-Rat führte. Ich übernahm die Anrede »your lordship« nur allzu gerne, was der NATO-Generalsekretär, wissend um meine linksradikale Vergangenheit, mit einem »comrade Fischer« (Genosse Fischer) zu kontern pflegte. George Robertson war selten um einen Scherz oder um ein heiteres Wort verlegen, wir beide hatten im Laufe der Zeit ein politisch enges Verhältnis zueinander aufgebaut. Aber an diesem 12. September 2001 war kein Platz für Ironie oder gar heitere Worte.

Während der Sitzung erreichte mich ein Anruf meines Büroleiters Martin Kobler, der mir mitteilte, dass die Gebäude des Auswärtigen Amtes im Augenblick wegen einer anonymen Bombendrohung vollständig geräumt würden. Falls ich jemanden erreichen wolle, müsse ich mich in der nächsten Stunde über ihn und sein Mobiltelefon vermitteln lassen. Im Hintergrund hörte ich die Alarmsirene heulen. In anderen Zeiten hätte ich ein solches Ereignis als einen mutmaßlichen Fehllarm abgetan, aber jetzt, einen Tag nach dem 11. September 2001, beschlich mich doch ein sorgenvolles Gefühl. Gott sei Dank erwies sich diese Bombendrohung als falscher Alarm.

Zurück in der Sitzung unterrichtete der NATO-Generalsekretär die versammelte EU-Ministerrunde, dass er daran dächte, am Abend dem NATO-Rat vorzuschlagen, förmlich den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags zu erklären. Dadurch

sollte die Solidarität des Bündnisses mit den angegriffenen Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht und die uneingeschränkte Solidarität der Europäer mit den USA demonstriert werden. Robertson bat die anwesenden EU-Außenminister um Unterstützung, und dies galt ganz besonders für jene Staaten, die zugleich auch Mitglied der NATO waren.

Robertsons Vorschlag war zwar grundsätzlich richtig, allein zur Stunde stand noch nicht einmal fest, von wo dieser Terroranschlag gekommen war und wer für ihn die Verantwortung trug. Ich sagte mir, dass es vielleicht besser wäre, die Klärung dieser beiden Fragen abzuwarten, aber andererseits musste der Vorschlag, nachdem ihn der NATO-Generalsekretär jetzt gemacht hatte, voll unterstützt und im NATO-Rat angenommen werden. Alles andere wäre als eine Verweigerung der Solidarität mit den USA angesehen worden.

Allerdings konnte ich unmöglich allein über den Eintritt des Bündnisfalles entscheiden – zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte der NATO! –, ohne nicht zumindest versucht zu haben, den Bundeskanzler zu unterrichten und mich mit ihm abzustimmen. Zwar hatten die EU-Außenminister in dieser Frage formal nichts zu sagen, aber wenn ich hier und jetzt für die Bundesregierung unsere Zustimmung signalisierte, dann wäre die Sache entschieden.

Und ausgerechnet jetzt, angesichts einer solch herausragend wichtigen Entscheidung, war das Amt in Berlin geräumt worden und nur eingeschränkt handlungsfähig! Ich nutzte daher die noch anhaltende Debatte im Rat, um Martin Kobler zurückzurufen, der dann sehr schnell eine Verbindung mit dem Bundeskanzler herstellte. Der Kanzler war mit der Sache bereits vertraut, denn er war zuvor schon von Präsident Bush angerufen worden. Nachdem ich ihn über die Lage im Rat unterrichtet hatte, waren wir uns einig, dass es nur ein klares Ja der Bundesregierung zu dem Vorschlag des NATO-Generalsekretärs geben konnte.

Der Vorschlag von George Robertson, formell den Eintritt des NATO-Bündnisfalles zu erklären, wurde von den Außenministern, die in Brüssel versammelt waren, einhellig unterstützt, und am Abend beschloss dann der NATO-Rat, in dem

die Mitgliedsstaaten durch ihre Botschafter vertreten sind, auf einer außerordentlichen Sitzung einstimmig die Erklärung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des NATO-Vertrags für den Fall eines Angriffs von außen:

»Der Rat stimmte überein, dass – falls festgestellt wird, dass dieser Angriff aus dem Ausland gegen die Vereinigten Staaten gerichtet wurde – er als eine Aktion angesehen wird, die unter Artikel 5 des Washingtoner Vertrages fällt, welcher festlegt, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere der Bündnispartner in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen alle angesehen wird [...] Artikel 5 des Washingtoner Vertrags legt fest, dass im Falle eines solchen Angriffs jeder Bündnispartner der Partei Beistand leistet, die angegriffen wurde, indem er die Maßnahmen ergreift, die für erforderlich erachtet werden. Dementsprechend stehen die NATO-Verbündeten der Vereinigten Staaten bereit, die Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die als Konsequenz dieser barbarischen Akte erforderlich sein wird.«

Am nächsten Tag fand nachmittags im Reichstagsgebäude eine Fraktionssitzung der Grünen statt, in der ich über diesen Beschluss der NATO berichtete und seine möglichen Konsequenzen erläuterte. Die Fraktion stimmte der Erklärung des Bündnisfalles bei drei Gegenstimmen zu, unsere Vizepräsidentin Antje Vollmer enthielt sich der Stimme. Sie argumentierte vehement und massiv gegen eine militärische Teilnahme Deutschlands an einem möglichen Gegenschlag der USA in Afghanistan.

Der grün-protestantische Nationalpazifismus erhob also auch diesmal wieder sein Haupt, und damit wurde zu einem recht frühen Zeitpunkt in diesem sich abzeichnenden Konflikt um Afghanistan erneut jene Bruchlinie in Fraktion und Partei sichtbar, die bereits in der Kosovo-Krise nur mit allergrößten Anstrengungen überbrückt werden konnte. Mir war allerdings seit dem 11. September bewusst, dass jetzt ein weltpolitischer Orkan zu toben begonnen hatte und wir dadurch in Entscheidungszwänge hineingeraten würden, gegenüber denen der Kosovo-Krieg lediglich eine kleinere Herausforderung gewesen war.

Sofort nach dem ersten Schock hatte in den USA die fieberhaf-

te Suche nach den Tätern und deren Auftraggebern begonnen, und anhand der Passagierlisten der entführten Flugzeuge wurden die amerikanischen Ermittlungsbehörden auch sehr schnell fündig. Binnen weniger Tage gelang es, den Hintergrund der Täter festzustellen, die Erkenntnisse führten eindeutig zu Osama bin Laden. Einen vernünftigen Zweifel, dass die Terrorattacke des 11. September von al-Qaida verübt worden war, konnte es danach nicht mehr geben.

Bei den Attentätern handelte es sich um junge Männer, die fast alle aus Saudi-Arabien, Ägypten und den Golf-Staaten stammten. Als ihr Anführer kristallisierte sich ein ägyptischer Staatsangehöriger namens Mohammed Atta heraus. Im Zuge der Ermittlungen stießen die amerikanischen Sicherheitsbehörden ebenfalls sehr schnell darauf, dass sich Atta und einige der anderen Terroristen des 11. September zuvor jahrelang in Deutschland aufgehalten hatten. Schlimmer noch, ganz offensichtlich hatten wesentliche Teile der Planung der Terroroffensive gegen die USA in Hamburg-Harburg stattgefunden, ohne dass die deutschen Sicherheitsbehörden davon irgendetwas mitbekommen hatten.

Es drängten sich für die Bundesregierung hochnotpeinliche Fragen auf, deren Beantwortung unsere Beziehungen zu den USA tief gehend erschüttern konnten. Hätte Deutschland die Terroranschläge vom 11. September verhindern können, ja verhindern müssen? Traf am Ende gar die deutschen Sicherheitsbehörden die Schuld oder wenigstens Mitschuld daran, dass der Angriff auf die Vereinigten Staaten nicht rechtzeitig unterbunden werden konnte? Diese Fragen stellten sich leider und zu Recht ganz unmittelbar an die Adresse der Bundesregierung. Und auch die US-Regierung, die angesichts der schrecklichen Ereignisse und des Versagens der amerikanischen Sicherheitsnetze unter einem erheblichen öffentlichen Druck stand, stellte diese Fragen in unsere Richtung sehr aggressiv.

Der Bundesregierung war die außenpolitische Dimension der Enttarnung der sogenannten »Hamburger Zelle« sofort bewusst, und auch gerade angesichts dieser schockierenden Erkenntnisse erwies sich die Position der »uneingeschränkten Solidarität« mit den USA, wie sie Gerhard Schröder für die Bundesregierung

festgelegt hatte, bereits zu diesem sehr frühen Zeitpunkt als überaus weitsichtig.

Denn die Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit, in Parlament und Regierung war nach dem Schock und dem Grauen des 11. September nicht gerade auf eine differenzierte Analyse der Ereignisse ausgerichtet, sondern die Reaktionen würden dominiert von Entsetzen, Schmerz und Wut. Wenn Deutschland in den USA als Schuldiger oder auch nur Mitschuldiger für den 11. September angesehen werden würde, dann würden wir ein sehr großes außenpolitisches Problem bekommen. Eine tiefe Krise bis hin zu einem emotionalen Bruch in den deutsch-amerikanischen Beziehungen mit kaum absehbaren Folgen wäre dann nicht mehr auszuschließen.

Colin Powell hatte mir gegenüber zwar niemals irgendwelche Vorhaltungen gemacht, aber Innenminister Otto Schily hatte einige sehr unangenehme Gespräche hinter sich zu bringen. Allein die Tatsache, dass die Terroristen ihre Flugausbildung in den USA erhalten hatten, die für die Durchführung der Terrorattacke von entscheidender Bedeutung gewesen war, nahm etwas den Druck von Deutschland weg. Dennoch sollte der mehr oder weniger offen formulierte Vorwurf der amerikanischen Seite, dass Deutschland den 11. September hätte verhindern können, noch für lange Zeit in zahlreichen internen Gesprächen zwischen den Regierungen und auf den verschiedensten Ebenen eine Rolle spielen. Umso wichtiger war es daher, dass es an der »uneingeschränkten Solidarität« Deutschlands mit den USA nicht den geringsten Zweifel geben durfte.

Aber auch für die Bundesregierung und die deutschen Sicherheitsbehörden waren die Erkenntnisse über die »Hamburger Zelle« ein gewaltiger Schock. Wie hatte es passieren können, dass eine Gruppe der gefährlichsten internationalen Terrororganisation über längere Zeit hinweg Deutschland als Rückzugsraum nutzen konnte, ohne dass die deutschen Sicherheitsapparate davon etwas mitbekamen? Und noch wichtiger war damals die Antwort auf die Frage: Gab es am Ende noch weitere al-Qaida-Zellen in Deutschland, die hier als sogenannte »Schläfer« auf ihre Aktivierung warteten? Man wird die spätere Haltung der rot-grünen Bundesregierung und der deutschen

Sicherheitsbehörden in zahlreichen Fragen der Terrorbekämpfung nicht verstehen können, wenn man diese überaus kritische Ausgangslage in der Zeit unmittelbar nach dem 11. September vergisst.

Die Krise des 11. September erforderte ein schnelles und abgestimmtes Handeln innerhalb der Bundesregierung, nicht nur auf der Ebene der hohen Beamten. Es galt täglich, ja bisweilen sogar stündlich, auf neue Erkenntnisse und Lagen politisch auf der höchsten Ebene zu reagieren. Das bis dahin in der Organisation der Bundesregierung vorgesehene Instrument des Bundessicherheitsrates erwies sich dabei als zu groß, zu unflexibel und zu durchlässig. Aus diesem Grund entschied der Bundeskanzler, informell ein sogenanntes »Sicherheitskabinett« einzurichten, das sich aus dem Bundeskanzler, dem Außen-, Innen- und Verteidigungsminister und dem Chef des Bundeskanzleramtes zusammensetzte. Hinzu kamen noch – je nach Bedarf – weitere Ressorts (etwa Finanzen) und die Präsidenten der Dienste, des BKA und die Spitze der Bundeswehr. Das Sicherheitskabinett hat sich in dieser Krise als entscheidendes politisches und operatives Steuerungsinstrument bewährt.

Am Nachmittag des 14. September fanden sich ca. 200000 Menschen vor dem Brandenburger Tor zu einer riesigen Solidaritätskundgebung mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein. Sie standen schweigend dicht gedrängt auf dem Platz auf der Westseite des Brandenburger Tores und bis weit in die Straße des 17. Juni hinein. Ich befand mich mit den Spitzen von Parlament, Regierung und Parteien auf der Rednertribüne, ebenso war der neue amerikanische Botschafter Daniel Coats anwesend. Er war erst vor Kurzem in Berlin angekommen.

Bundespräsident Johannes Rau sprach auf dieser Solidaritätskundgebung für die Bundesrepublik Deutschland und drückte den USA und den betroffenen Familien die tief empfundene Anteilnahme und Solidarität aller Deutschen aus. An diesem Tag, so war mein Eindruck, trafen diese Sätze des Bundespräsidenten die wirkliche Stimmungslage in unserem Land und waren alles andere als leere Formeln. Allerdings schien der Bundespräsident in seiner Definition der Solidarität mit den USA weniger klar zu sein, als dies zuvor für den Bundeskanzler mit seiner Formel

von der »uneingeschränkten Solidarität« gegolten hatte, denn der Bundespräsident äußerte sich verhalten kritisch zu einer sehr wahrscheinlichen militärischen Reaktion der USA.

Dies führte bei Gerhard Schröder zu einigem Stirnrunzeln und zu der öffentlichen Klarstellung in einem Interview, dass die Richtlinien der Politik vom Bundeskanzler bestimmt würden. Der Bundeskanzler befürchtete, dass in Washington der Eindruck entstehen könnte, so ernst wäre die »uneingeschränkte Solidarität« durch Deutschland nicht gemeint, und dass sich daraus möglicherweise negative außenpolitische Konsequenzen für unsere Allianz mit den USA ergeben würden. Zugleich wäre aber in diesen Tagen ein offensichtlicher Dissens zwischen Kanzler und Bundespräsident so ziemlich das Letzte gewesen, was sich Deutschland hätte erlauben dürfen, und insofern war ich erleichtert, dass sich dieser kurz aufflackernde Gegensatz in der Folgezeit als belanglos erweisen sollte.

Eine der zentralen Fragen auf dieser Seite des Atlantiks lautete: Wie würde Europa auf diesen Angriff auf seinen wichtigsten Partner reagieren? Es sollte sich sehr schnell erweisen, dass die EU auf eine solche Herausforderung weder politisch noch institutionell vorbereitet war. Vor allem die Führer der beiden »glorious nations« in der EU, Jacques Chirac und Tony Blair, reagierten sofort auf der nationalen Ebene. Die Instinkte dieser beiden europäischen Großmächte funktionierten in dieser fast schon existenziellen Krise der transatlantischen Beziehungen ausschließlich national.

Bundeskanzler Gerhard Schröder versuchte über den belgischen Ratspräsidenten Guy Verhofstadt, eine sofortige Sonder-sitzung des Europäischen Rates zustande zu bringen, aber diese dringende und richtige Initiative von Gerhard Schröder scheiterte zunächst am Unwillen Frankreichs und Großbritanniens – für Blair und Chirac war die Reaktion auf den 11. September zuerst und vor allem eine nationale und keine EU-Angelegenheit. Es kam am 14. September lediglich zu einer gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, der Präsidentin des Europäischen Parlaments und des Präsidenten der Kommission sowie des Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.